

**LTWP-14** 14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 17.09.2020  
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 14 Haushalt und Finanzen – Verwaltung – Kommunen –  
ländliche Räume - Landesplanung – Bauen und Stadtentwicklung –  
Ländliche Räume – Digitale Infrastruktur – Sport

## Text

1 Für uns GRÜNE steht Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen vor kurzfristigem  
2 Gewinnstreben, um auch morgen unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft  
3 bieten zu können. Damit wir unsere Umgebung nachhaltig gestalten, müssen wir  
4 gerade beim Bauen und beim Planen von Flächen den Klimaschutz stärker mitdenken.  
5 Wir wollen Holz als Material bei Neubauten und der Modernisierung von Gebäuden  
6 besonders fördern.

7 Unser Staat muss leistungsfähig sein und bleiben. Zu einer lebenswerten Zukunft  
8 zählt für uns auch ein gewissenhafter Umgang mit Steuergeldern und eine solide  
9 Haushaltsplanung, die wichtigen Herausforderungen, beispielsweise der Bekämpfung  
10 der Klimakrise und der Corona-Pandemie, gerecht wird – ohne dabei nachkommenden  
11 Generationen eine untragbare Last aufzubürden.

12 Grüne Politik hat den Anspruch, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in  
13 ihren Kommunen teilhaben können. Dazu gehört die digitale und politische  
14 Teilhabe genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität. Wir werden  
15 die entsprechende Infrastruktur fördern, so unter anderem den digitalen Service  
16 in den Verwaltungen ausbauen. Damit alle eine lebenswerte Zukunft mitgestalten  
17 können.

### 18 Nachhaltiges Haushalten

19 In den vergangenen Jahren konnte Rheinland-Pfalz nicht nur den Landeshaushalt  
20 ausgleichen, sondern Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Diese erfolgreiche,  
21 nachhaltige Haushaltspolitik ist das Ergebnis grüner Regierungsbeteiligung. Seit  
22 2011 stehen wir für eine solide Finanzpolitik und haben den Landeshaushalt  
23 aufgeräumt. Wir konnten verfassungsgemäß die Schuldenbremse einhalten. Doch auch  
24 in der Haushaltspolitik hat die Coronakrise tiefe Spuren hinterlassen.

25 Die öffentliche Hand ist gefragt, dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig ist.  
26 Das hat zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Wir haben auf Landesebene unser  
27 Möglichstes getan und den betroffenen Menschen, Kommunen, der Wirtschaft und dem  
28 gesellschaftlichen Leben finanziell unter die Arme gegriffen. Wir tun dies in  
29 einem angemessenen Rahmen, denn auch das Land hat weniger Einnahmen in bislang  
30 noch unbekanntem Ausmaß. Mit den vorgesehenen Hilfsprogrammen im Jahr 2020  
31 können wir die rheinland-pfälzische Volkswirtschaft stabilisieren. Diese  
32 außergewöhnlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Krise notwendig sind, sind  
33 nur aufgrund der soliden Haushaltsführung der letzten Jahre möglich.

34 An der Idee der Schuldenbremse, die in der Krise ausgesetzt wurde, halten wir  
35 fest. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein ausgeglichener Haushalt  
36 möglich ist. Die mühevoll konsolidierte Haushaltsführung der vergangenen Jahre ist für  
37 uns kein Selbstzweck: Es geht vielmehr um unsere Verantwortung gegenüber

38 zukünftigen Generationen und die damit verbundene Verpflichtung, nicht über  
39 unsere Verhältnisse zu leben. Diese Verantwortung bedeutet aber auch: Wir dürfen  
40 uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. Investitionen in den  
41 Klimaschutz sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung  
42 der Schuldenbremse ein, die im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien  
43 zusätzliche Investitionen des Bundes – insbesondere in den Klimaschutz –  
44 ermöglicht.

45 Für Rheinland-Pfalz soll in Zukunft verbindlich gelten: Keine klimaschädlichen  
46 Investitionen mit Landesmitteln. Die Bekämpfung der Klimakrise ist ein  
47 Querschnittsthema über alle Politikfelder. Auch in der Finanzpolitik müssen wir  
48 das Thema vorantreiben. Die neu beschlossene Anlagenrichtlinie für die  
49 Versorgungsrücklage des Landes legt fest: Aktienkäufe aus Landesgeldern für  
50 klimaschädlichen Investitionen in Kohle, Öl- und Gas sind ausgeschlossen. Für  
51 uns ist klar: Auf landes- und kommunaler Ebene müssen weitere Initiativen  
52 folgen. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Divestment-Strategie für  
53 Landesstiftungen, Landesbeteiligungen und ein Beratungssystem für unsere  
54 Kommunen.

#### 55 Faire Steuerpolitik

56 Um finanziell sicher aufgestellt zu sein, braucht das Land in und nach der Krise  
57 verlässliche Einnahmen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Bundesebene für ein  
58 gerechteres Steuersystem einsetzen, welches Steuern auf Kapital- und  
59 Gewinneinkommen und auf große Vermögen erhöht. Gleichzeitig lehnen wir zum  
60 jetzigen Zeitpunkt Steuersenkungen ab.

61 Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO<sub>2</sub>-Steuer müssen an  
62 die Bürger\*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale  
63 Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

64 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug  
65 werden wir konsequent bekämpfen. Deshalb unterstützen wir Initiativen des  
66 Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit  
67 beitragen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen.

68 Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-  
69 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet  
70 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Deshalb wollen wir die Stellen im  
71 Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in  
72 Rheinland-Pfalz sorgen.

73 Landesbeteiligungen müssen transparent sein. Wir konnten in den letzten Jahren  
74 durchsetzen, dass sich das Land aus unnötigen Beteiligungen zurückgezogen hat,  
75 indem der Flughafen Hahn sowie der Nürburgring verkauft wurden. Die Kontrolle  
76 der Landesbeteiligungen durch das Parlament wollen wir verbessern.

#### 77 Digitale, zukunftsfähige Verwaltung

78 Wir GRÜNE stehen für eine digitale, bürgernahe und transparente Verwaltung. In  
79 einem Klick am Ziel: So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Der Service  
80 des digitalen Bürgeramtes muss über eine App abrufbar, datenschutzkonform und  
81 für alle Bürger\*innen verständlich sein. Mit der Online-Wache der Polizei haben  
82 wir bereits einen solchen Service auf den Weg gebracht. Wer beispielsweise einen

83 Diebstahl melden will, hat jetzt schon die Möglichkeit, das bequem digital zu  
84 erledigen.

85 Eine bürgerfreundliche Verwaltung ist eine aktiv kommunizierende Verwaltung.  
86 Bürgerfreundlichkeit bedeutet, Informationen und Zugänge barrierefrei und in  
87 mehreren Sprachen sowie in verständlicher und einfacher Sprache anzubieten. Dazu  
88 gehören auch Informationsmaßnahmen zu speziellen Themen. Verwaltung muss immer  
89 offen für Anfragen und Anliegen von Bürger\*innen sein. Unser Wunsch ist ein  
90 Ticketsystem bei dem jede Anfrage online über ein Ticket gestellt wird, das  
91 eindeutig zu zuordnen und nachzuverfolgen ist. So gelingt ein einfacher,  
92 verlässlicher und digitaler Austausch mit der Verwaltung.

93 Die Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern  
94 sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger\*innen. Gleichzeitig kommen wir dem  
95 Ziel der papierlosen Verwaltung näher. Die Digitalisierung in der Verwaltung  
96 muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Zukünftig sollen alle Landesbehörden  
97 und -ämter mit offenen WLAN-Hotspots ausgestattet werden. Diese können auch von  
98 Besucher\*innen und Mitarbeiter\*innen genutzt werden.

99 Politik einfach zugänglich machen

100 Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb  
101 möchten wir den Livestream der Landtagssitzungen auch auf die Ausschusssitzungen  
102 ausweiten. Transparenz und Nachvollziehbarkeit gelingt nur, wenn Informationen  
103 frei zugänglich sind. Ein großer grüner Erfolg für eine neue Kultur der  
104 Offenheit und Partizipation in den Verwaltungen ist deshalb die Umsetzung des  
105 Landstransparenzgesetzes. Wir wollen dieses weiterentwickeln, um die  
106 Veröffentlichungspflicht auch für Kommunen und Hochschulen geltend zu machen.

107 Öffentliche Daten sollen über das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz  
108 einfach abrufbar sein. Die Plattform muss sich sprachlich und inhaltlich  
109 deutlich mehr durch Bürgernähe auszeichnen und einen barrierefreien digitalen  
110 Zugang zu Informationen erlauben, kommunal- und landespolitisch.

111 Korruptionsprävention

112 Korruptionsbekämpfung muss auf allen staatlichen Ebenen verfolgt werden. Dafür  
113 brauchen wir verbindliche Regeln. Deshalb wollen wir das bestehende  
114 Lobbyregister ausweiten und eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der  
115 Landesregierung sowie Spitzenbeamt\*innen einführen. Wir wollen zudem den Schutz  
116 von Hinweisgeber\*innen gewährleisten. Ein anonymisiertes Hinweisgebersystem kann  
117 dabei helfen, dass Korruptionsfälle in Landes- und kommunalen Behörden gemeldet  
118 werden. Die bestehende Einrichtung der Vertrauensanwält\*innen als wichtige  
119 unabhängige Anlaufstellen muss bekannter gemacht werden.

120 Gute Arbeit im Landesdienst

121 Unsere Landesbeamt\*innen leisten hervorragende Arbeit. Ihnen gelten unser Dank  
122 und unsere Wertschätzung. Ausgedrückt haben wir das in den vergangenen Jahren  
123 über eine Steigerung der Beamtensoldung. Das Land als Arbeitgeberin ist überdies  
124 auch für das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig. Wir wollen die  
125 Arbeitsbedingungen der Landesbeamt\*innen modernisieren und verbessern. Dazu  
126 zählt für uns ein umfassendes Gesundheitsmanagement, ein flexibles Modell für  
127 Altersteilzeit, eine einfachere Möglichkeit des Wechsels aus und in das  
128 Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

129 Lebenslanges Lernen wollen wir unseren Beschäftigten ermöglichen. Wir  
130 unterstützen das bestehende breite Angebot des Landes an  
131 Fortbildungsmöglichkeiten und sehen aktuell einen besonders hohen Bedarf für  
132 Qualifizierungsmaßnahmen im digitalen Bereich. Die Coronakrise führte zu einem  
133 riesigen Digitalisierungsschub in unserer Landesverwaltung. Bei diesem Prozess  
134 wollen wir alle Landesbediensteten mitnehmen.

135 Zukunftsfähige Kommunen

136 Politik wird in unseren Kommunen greifbar. In unseren Städten, Gemeinden und  
137 Kreisen wird unsere grüne klimafreundliche und sozial gerechte Idee konkret,  
138 wenn es zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Gewerbegebiet auf der grünen  
139 Wiese geplant oder die Jugendarbeit ausgebaut wird. Für diese Entscheidungen  
140 sind das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und eine bedarfsgerechte  
141 Finanzausstattung essenziell.

142 Kommunale Ratsentscheidungen müssen für Bürger\*innen nachvollziehbarer werden,  
143 beispielsweise durch Livestreaming oder informativere Protokolle der  
144 Ratssitzungen. Mehr Transparenz in der Kommunalverwaltung heißt für uns aber  
145 auch, dass Bürger\*innen wissen müssen, welche Nebentätigkeiten von  
146 Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen ausgeübt werden und wie viel Geld sie  
147 dafür bekommen. Dazu brauchen wir eine verbindliche gesetzliche Regelung im  
148 Umgang mit und zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften.

149 Vereinbarkeit von Familie und Beteiligung schaffen

150 Wir GRÜNE wollen die Arbeit in kommunalen Gremien familienfreundlicher gestalten  
151 und die Jugendbeteiligung verpflichtend verankern. Dafür benötigen wir  
152 Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu  
153 betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen  
154 Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

155 Kommunalfinanzen verbessern

156 Wir wollen lebenswerte und handlungsfähige Kommunen. Deshalb müssen sie über  
157 eine ausreichende Finanzausstattung verfügen. Aufgrund der Coronakrise ist die  
158 finanzielle Lage der Kommunen nach einer positiven Entwicklung in den  
159 vergangenen Jahren massiv ins Wanken geraten. Bund und Land haben Hilfsprogramme  
160 aufgebaut, um die Einnahmeverluste der Kommunen abzufedern. Wir GRÜNE haben die  
161 Hilfsprogramme des Bundes unterstützt, aber auch kritisiert, dass es noch immer  
162 keine Lösung für das Problem der Altschulden gibt. Unser Ziel ist eine stabile  
163 finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen. Deshalb müssen Land und  
164 Bund ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen wahrnehmen.

165 Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) muss weiterhin konjunkturabhängig anwachsen.  
166 Die Reform des KFA im Jahr 2018, bei der vor allem die hochverschuldeten Städte  
167 bedacht wurden, zeigte positive Wirkung. Vor der Coronakrise konnten zahlreiche  
168 Kommunen in Rheinland-Pfalz ihren Haushalt ausgleichen und mithilfe des  
169 kommunalen Entschuldungsfonds Schulden abbauen. Auf Landesebene wollen wir diese  
170 gesetzlichen Stellschrauben im Blick behalten, damit nach der Coronakrise die  
171 positive Entwicklung fortgeschrieben wird.

172 Auf Bundesebene fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine  
173 dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes in der Sozialgesetzgebung. Die

174 bisher geleisteten Pauschalen (Integration, Eingliederungshilfe etc.) sind nicht  
175 ausreichend und bilden die Kosten nicht ab.

176 Wir setzen uns weiterhin für einen Schuldenschnitt für hoch verschuldete  
177 Kommunen ein. Ein Altschuldenfonds, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den  
178 Ländern getragen wird, kann eine Lösung sein. Als Land sind wir bereit, unseren  
179 Teil zur Lösung beizutragen.

180 Auch auf kommunaler Ebene fordern wir Haushaltsdisziplin. Die Zeiten für  
181 prestigeträchtige Infrastrukturprojekte sind vorbei. Kommunen müssen ihre  
182 Einnahmeseite in den Blick nehmen und nach der Krise ihre Realsteuerhebesätze am  
183 bundesweiten Durchschnitt orientieren. Die Kommunalaufsicht hat bei der  
184 Einhaltung der Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss  
185 transparent, regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar auch für kommunale  
186 Räte sein. Wir streben daher eine Reform der Kommunalaufsicht an.

187 Kommunale Verwaltung ökologisch und serviceorientiert

188 Kommunale Förderprogramme verbessern das Leben in unseren Kommunen. Deshalb  
189 müssen die Vorgaben der Programme am Klimaschutz und der Lebensqualität der  
190 Menschen orientiert sein. Damit die Mittel auch vor Ort ankommen, wollen wir  
191 Förderlotsen und ein Beratungsangebot auf Landesebene.

192 Wir werden die begonnene Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) weiter umsetzen.  
193 Das Leitbild unserer Politik für starke Kommunen ist die Absicherung und  
194 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale  
195 Strukturen wandeln sich durch den Bevölkerungsrückgang in einigen Landesteilen,  
196 die Lage der kommunalen Finanzen durch Fortschritte im Bereich der  
197 Digitalisierung. Uns GRÜNEN geht es bei einer Reform nicht zentral um  
198 Kosteneinsparungen, sondern um die Qualität der Verwaltung und den Service für  
199 die Menschen vor Ort. Aus bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen wissen wir:  
200 Die Verwaltungsqualität ist in größeren Verwaltungseinheiten deutlich besser.

201 Lediglich auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, kann keine Gebietsreform  
202 ersetzen. Für uns ist klar: Wo immer interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist,  
203 wie im Bereich des Nahverkehrs, der Digitalisierung oder im Kulturbereich, soll  
204 diese ausgebaut werden.

205 Ländliche Räume stärken

206 Alle Menschen müssen gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.  
207 Dazu zählt, dass jede\*r sich einfach fortbewegen kann – egal, ob in der Stadt  
208 oder auf dem Land. Mit unserem Konzept einer Mobilitätswende sorgen wir dafür,  
209 dass im ländlichen Raum mit einer Mobilitätsgarantie jede\*r mit dem Nahverkehr  
210 von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine bessere Anbindung an überregionale  
211 Bus- und Bahnlinien. Aber auch Alternativkonzepte wie E-Dorfautos und On-Demand-  
212 Shuttlevverkehr unterstützen das Angebot. Wir wollen Mobilfunk und Glasfaser an  
213 jeder Milchkanne in Rheinland-Pfalz und setzen daher auf eine GRÜNE  
214 Digitalisierungsoffensive – auch und gerade für den ländlichen Raum.

215 Um den ländlichen Raum weiter zu stärken, wollen wir Dorfbüros schaffen. Um  
216 leerstehende Ortskerne wiederzubeleben, wollen wir Projekte vor Ort wie  
217 Dorfläden oder Gemeinschaftskneipen mit ehrenamtlichem Personal fördern. Für  
218 eine gute gesundheitliche Versorgung überall in Rheinland-Pfalz wollen wir  
219 regionale Gesundheitskonferenzen einführen und uns für genossenschaftliche

220 Gemeinschaftspraxen einsetzen. Wir setzen auch im ländlichen Raum auf  
221 hochwertige Arbeits- und Fortbildungsplätze sowie auf vielfältige, regional  
222 angesiedelte Bildungsmöglichkeiten wie beispielsweise den sehr erfolgreichen  
223 Umweltcampus Birkenfeld.

#### 224 Nachhaltige Landesplanung

225 Das Ziel, die Flächenneuversiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu  
226 begrenzen, wurde bundesweit deutlich verfehlt. Mit grüner Flächen- und  
227 Bodenpolitik möchten wir hier eingreifen und durch die Verbindung ökonomischer  
228 Ziele mit denen für eine nachhaltige, regional angepasste Entwicklung ein  
229 starkes Potenzial für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung  
230 entfalten. Dafür brauchen wir eine stärkere Ausrichtung von Landesplanung,  
231 Raumordnung und Regionalplanung auf regionale Wohnraumbedarfe sowie auf eine  
232 nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung.

#### 233 Ökologischer Landesentwicklungsplan

234 Auf Landesebene werden wir uns für eine ökologische Weiterentwicklung des  
235 Landesentwicklungsplans IV einsetzen. Dazu gehört für uns die nachhaltige am  
236 Klimaschutzziel orientierte Anpassung der Kriterien zur Ausweisung von Flächen  
237 für die Erzeugung Erneuerbarer Energien. Dazu gehören ebenso die Aufwertung der  
238 Biotopvernetzung in der Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie eine strenge  
239 Begrenzung der Neuversiegelung von Flächen. Viele verschiedene Nutzungsformen  
240 wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um  
241 die knappe Ressource Fläche. Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale  
242 Flächenbilanz – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine  
243 andere entsiegelt wird. Für uns ist der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung  
244 weiterhin die Leitlinie jeder Planung.

#### 245 Vorrang für eine nachhaltige Dorf- und Stadtentwicklung

246 Bodenspekulationen, welche die Preise künstlich in die Höhe treiben, ohne einen  
247 gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, heizen die bestehende  
248 Flächenkonkurrenz an. Wir werden die Kommunen aktiv dabei unterstützen, diese  
249 Herausforderung zu bewältigen, indem wir uns für eine bundesgesetzliche Stärkung  
250 des Vorkaufsrechtes der Gemeinden einsetzen. Wir werden es den Kommunen  
251 ermöglichen, Konzeptvergaben Vorrang zu gewähren, sodass sie beispielsweise ein  
252 ökologisch-soziales Quartierskonzept gegenüber einer Höchstpreisvergabe  
253 bevorzugen können. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer  
254 Kriterien in der Stadt- und Dorfentwicklung. Grundstücke in öffentlicher Hand  
255 sollen möglichst in öffentlicher Hand bleiben. Wir möchten, dass die Gemeinden –  
256 selbst wenn hochverschuldet – einen möglichen Flächentausch oder einen  
257 Erbpachtvertrag vor einer Veräußerung prüfen. Wir werden dabei gemeinwohl- und  
258 ökologisch orientierte Pächter\*innen von öffentlichen Flächen bevorzugen.

#### 259 Lebenswerte Städte und Dörfer

260 Unsere Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme sind Investitionen in die  
261 Zukunft. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise und des Artensterbens  
262 müssen wir diese Instrumente dringend an die Herausforderungen unserer Zeit  
263 anpassen. Wir werden die Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme an  
264 ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten und die vorhandenen  
265 Potenziale im bestehenden Gebäudebestand nutzen. Die vielen Planungsebenen  
266 wollen wir besser verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame

267 Wirkeffekte erzielen. So wollen wir, dass Klimaschutz-, Hochwasservorsorge-  
268 Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs-  
269 und Bebauungsplänen integriert werden.

270 Hierfür werden wir für unsere Gemeinden und Städte nachhaltige  
271 Planungsinstrumente wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den RaumPlus  
272 Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der  
273 Klimakrise erweitern.

274 Bauen für eine klimaneutrale Zukunft

275 Der Bausektor ist unbestritten ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem unzählige  
276 Menschen Arbeit finden. Doch leider werden viele Bautätigkeiten noch nicht an  
277 den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Für unser Klima und unsere  
278 Umwelt bedeutet das hohe Energiekosten und hoher CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Herstellung  
279 von Baustoffen, Schadstoffe im Baumaterial, mangelnde Recyclingfähigkeit und  
280 teilweise kurze Lebensdauer der Materialien. Wir wollen deshalb das Bauen hin zu  
281 einer ganzheitlichen Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und soziokultureller  
282 Qualität entwickeln.

283 Priorität für Klimaschutz und Ökologie

284 Die Landesbauordnung enthält zahlreiche Regelungen für die Sicherheit und den  
285 Schutz der Menschen in den Gebäuden. Sie enthält aber kaum Regelungen zum Schutz  
286 unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der  
287 Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren, die eine naturnahe Begrünung  
288 von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose  
289 Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine  
290 Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die wir gemeinsam mit  
291 unseren Garten- und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

292 Wir werden mehr Stellplätze für Fahrräder schaffen, damit jede\*r Bewohner\*in  
293 eines Mehrfamilienhauses eine umweltschonende Alternative zum eigenen Auto vor  
294 der Tür hat. Die zukunftsfähige Elektromobilität werden wir bereits bei der  
295 Bauplanung beachten und entsprechende Leitungsinstitutionen in den Garagen  
296 vorhalten.

297 Klimaangepasst und nachhaltig bauen

298 Wir werden in allen öffentlichen Ausschreibungen dafür sorgen, dass wichtige  
299 Aspekte wie Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend  
300 beachtet werden müssen und weiterhin regionaltypische Baumaterialien, wie Holz,  
301 Schiefer oder Blocksandstein, zum Einsatz kommen können. Auch Ausschreibungen  
302 auf kommunaler Ebene sollen entsprechende Aspekte berücksichtigen. Mit einer  
303 landesweiten Holzbaustrategie werden wir das nachhaltige Bauen mit Holz  
304 weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in  
305 öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen.

306 Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeit in Rheinland-  
307 Pfalz werden. Wir werden deshalb für alle öffentlichen Bauvorhaben im Land –  
308 seien es kommunale Verwaltungsgebäude, Schulbauten oder KiTas – das  
309 Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen anwenden. Denkmalschutz, Energieerzeugung  
310 mit Erneuerbaren und Klimaschutz werden wir miteinander verbinden. Die Standards  
311 der baubiologischen Qualitätssicherung in der Bauabnahme sind in allen  
312 öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Um die Kriterien des nachhaltigen Bauens

313 landesweit einzusetzen, wollen wir eine Förderung des Landes zur Erstellung von  
314 Ökobilanzen bei gewerblichen und privaten Neubaumaßnahmen prüfen. Bei Neubauten  
315 und Dachsanierungen werden wir eine Solarpflicht einführen.

316 Klimaschutz im Bestand stärken

317 Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise werden wir in den nächsten Jahren  
318 sehr viele Sanierungsprojekte angehen und möchten dabei den Denkmalschutz und  
319 den Klimaschutz miteinander verbinden. Wir setzen uns daher für eine kostenlose  
320 Erstberatung für energetische Sanierungen im Bestand ein. Wer sich für eine  
321 Sanierung und die Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie für den Verzicht  
322 auf fossile Brennstoffe entschließt, soll dabei vom Land unterstützt werden. Die  
323 Sanierung und Weiterentwicklung von innovativen Quartierskonzepten, welche  
324 ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen, werden wir weiterhin fördern.  
325 Um den vielen Anforderungen gerecht zu werden und eine effiziente und schnelle  
326 Planung zu garantieren, werden wir die personelle und konzeptionelle Stärkung  
327 der Bauverwaltungen im Land prüfen.

328 Sport verbindet

329 Sport fördert die Gesundheit und schafft Begegnung. Auf Sportplätzen oder in  
330 Sporthallen kommen Menschen aus allen sozialen Schichten zusammen. Sport  
331 verbindet unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion,  
332 Weltanschauung oder sexueller Orientierung. Für uns GRÜNE ist Sport mehr als  
333 Bewegung. Ob im Spitzen-, Vereins-, Breiten-, Schul- und Freizeitsport –  
334 Fairness und Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt. Wir GRÜNE wollen eine  
335 vielfältige Sportlandschaft im Vereins- und Breitensport in Rheinland-Pfalz  
336 fördern.

337 Uns GRÜNEN ist die Gleichheit und Unversehrtheit aller Menschen wichtig. Daher  
338 wollen wir Inklusion im Sport besonders fördern. Wir unterstützen Projekte gegen  
339 Rassismus, Homofeindlichkeit und Gewalt. Unser Augenmerk liegt bei der Förderung  
340 von Sportprojekten auf sozial benachteiligten Gruppen, denn weder der Geldbeutel  
341 noch der Aufenthaltsstatus darf Menschen den Zugang zum Sport verwehren. Weiter  
342 vorantreiben wollen wir die Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz durch eine  
343 kontinuierliche Förderung von klimafreundlichen Sportprojekten.

344 Sport hat eine Vorbildfunktion. Wir GRÜNE wollen den Kampf gegen Doping  
345 weiterführen und die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich  
346 stärken. Die Verantwortung für einen fairen und sauberen Sportwettkampf liegt  
347 beim Sport selbst. Bei der Anti-Doping-Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur  
348 (NADA) setzen wir auf die Eigenverantwortung des Sports, ohne die  
349 Steuerzahler\*innen zu belasten.

350 eSport als eigene Sportart anerkennen

351 In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Nicht nur in der Forschung oder der  
352 öffentlichen Infrastruktur sorgt sie für ein fortschrittliches Miteinander. Auch  
353 im gesellschaftlichen Zusammenleben schafft sie neue Begegnungen. Ein gutes  
354 Beispiel ist der Sport. Schon längst passiert der sportliche Wettkampf nicht nur  
355 auf dem Sportfeld, sondern auch am Computer. Bisher ist eSport im deutschen  
356 Vereins- und Verbandswesen nicht anerkannt, sodass er weder von steuerrechtlichen  
357 Vergünstigungen noch staatlichen Förderungen profitiert. Wir GRÜNE unterstützen  
358 die Anerkennung von eSport als eigene Sportart.

359 Nachhaltige Vorgaben für Events und Sportstätten

360 Die integrative Kraft vom Sport zeigt sich bei Großveranstaltungen. Diese  
361 stellen für das Land einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Erfolg solcher  
362 Veranstaltungen muss sich an sozialen und ökologischen Maßstäben messen lassen.  
363 Wir setzen darauf, dass die Vergabe und Organisation von Großveranstaltungen  
364 transparent verläuft und sich an nachhaltigen Zielen orientiert. Durch ein  
365 Mitspracherecht soll die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

366 Zugang zu modernen Sportstätten fördern

367 Damit Sport überall in Rheinland-Pfalz möglich ist, setzen wir uns für den  
368 Erhalt und den Ausbau von Sportstätten im Land ein. Wir GRÜNE wollen  
369 Sportstätten bedarfsorientiert fördern, sie erhalten und sinnvoll nutzen. Dabei  
370 ist Kunstrasen auf Sportstätten ein Tabu. Mikroplastik gefährdet die Gesundheit  
371 von Menschen und ist schädlich für die Umwelt. Wir GRÜNE wollen Neu- und  
372 Umbaumaßnahmen bei Kunstrasenplätzen fördern, damit der Sportbetrieb sicher,  
373 umweltfreundlich und ohne lange Unterbrechung weiterläuft.

374 Jedes Kind sollte nach der Grundschule schwimmen können. Deswegen brauchen wir  
375 Seepferdchen für alle. Um das zu erreichen, wollen wir die maroden Schwimmbäder  
376 im Land im Rahmen eines Sonderförderprogramms sanieren.